



# Ägypten: Muslimbrüder planen für heute Demo zur „Endgültigen Islamischen Revolution“

☒ Die Ägypter sind viel gewohnt, die Christen im Land noch viel mehr. Für diesen Freitag, den 28. November, rufen die Muslimbrüder zu einer landesweiten Großdemonstration auf unter dem unheilvollen Motto ‚Die endgültige islamische Revolution‘. „Der Koran soll als Zeichen der Herrschaft Allahs über ganz Ägypten aufgerichtet werden“, berichtet [Open Doors](#). **Jetzt mit Update!**

Noch sind keine blutigen Meldungen über die Nachrichtenticker eingetroffen. Wahrscheinlich aber ist, dass die Demonstration zur „endgültigen islamische Revolution“, erst nach dem Freitagsgebet stattfindet. Während andere Religionen nach dem „Gebet“ meist friedlich gestimmt ihre Versammlungen verlassen, zeigt der Islam hier oft sein wahres Gesicht. In der Vergangenheit haben Muslime, vollgepumpt mit Hass, die Moscheen nach ähnlichen Aufrufen verlassen, um anschließend Andersdenkende zu jagen. Ein Szenario, das wohl auch für heute möglich scheint.

---

**Update:**

## **Dutzende Muslimbrüder festgenommen**

In Ägypten sind dutzende Anhänger der verbotenen Muslimbruderschaft festgenommen worden. Nach Angaben des Innenministeriums werden sie verdächtigt, Gewalttaten geplant zu haben. Hintergrund ist der Aufruf einer salafistischen Gruppe, heute nach dem Freitagsgebet für eine islamische Identität Ägyptens und den inhaftierten Ex-Präsidenten Mursi zu demonstrieren. Wegen der erwarteten Proteste wurde die Polizeipräsenz an öffentlichen Orten verstärkt. Wie die staatliche ägyptische Nachrichten-Agentur Mena unter Berufung auf das Militär berichtet, erschossen Unbekannte in Kairo einen Armee-Offizier. Zwei weitere Soldaten seien bei dem Überfall verletzt worden.

## **Nach tödlichen Protesten in Ägypten wurden in Kairo die Sicherheitsvorkehrungen erhöht**

In Ägypten sind vor Demonstrationen gegen die Regierung zwei Soldaten erschossen worden. Die Regierung hatte zuvor landesweit scharfe Sicherheitsvorkehrungen angeordnet.

Einer starb, als Unbekannte das Feuer auf eine Patrouille eröffneten, wie das Staatsfernsehen am Freitag berichtete. Der zweite Soldat sei durch Schüsse in Al-Kalubija nördlich der Hauptstadt getötet worden.

Die Regierung hatte zuvor landesweit scharfe Sicherheitsvorkehrungen angeordnet. Damit will sie Demonstrationen verhindern, zu denen die ultrakonservative Dschabhat Salafia („Salafistische Front“) für Freitag aufgerufen hat.

Die Proteste richten sich gegen den Sturz des islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi im Juli 2013 durch das Militär. Die in Ägypten als Terrororganisation eingestufte Muslimbruderschaft, zu der Mursi gehört, unterstützt den Protesttag.



# Die linke Journaille schafft sich ab!

☒ Ob in [Dresden](#) oder [Berlin](#): Überall, wo Bürger friedlich gegen Asylmissbrauch und Islamisierung aufstehen, beobachtet man dieselben schäbigen Verfahrensweisen der rotgrünen Journaille. Während sie den „rechten“ Demonstranten vorwirft, (imaginären) Hass zu schüren, schüren sie wirklichen Hass. Das Resultat: Linke Extremisten gehen mit gutem Gewissen auf Menschenjagd. Ihre potentiellen und realen Opfer sind alle jene, die sich mutig dem Multikulti-Zeitgeist entgegenstellen! Journalisten sind eben nicht nur mehrheitlich selbst links, man kann sie auch, wie Udo Ulfkotte das tut, als „[gekauft](#)“ bezeichnen.

„Gekauft“ meint oft, aber nicht immer den Wortsinn. Natürlich gibt es unterschiedliche Lobbyorganisationen, die Journalisten einspannen und mit Geld und Preisen alimentieren. Man denke nur an klingende Namen wie Atlantik-Brücke, Trilaterale Kommission, German Marshall Fund, American Council on Germany, American Academy, Aspen Institute und Institut für Europäische Politik. Natürlich mischen verschiedenste Geheimdienste auf diesem Feld der Menschenmanipulation mit. Aber: Nicht alle sind gekauft, viele sind einfach nur verblendet und gefangen in ihrer ideologischen Welt.

Wenn die Einheitsmedien von „TAZ“ bis „FAZ“ gegen Putin, Assad

und deutsche Protestbewegungen hetzen, dann tun sie das nicht selten aus innerster Überzeugung. Da sie ideologisch so festgefahren sind und alles Schwarz-Weiß betrachten, können sie Phänomene wie HÖGESA und PEGIDA nur mit den üblichen „Nazi“-Keulenschlägen malträtieren. Oft erlebt man dann im Bekanntenkreis Resignation. Gegen diese geballte Medienmeute sei kein Ankommen möglich. Man schneide sich nur ins eigene Fleisch, ohne Chance auf Veränderung. Das ist so etwas von grundfalsch!

Sicher, die Medien manipulieren zahlreiche Menschen. Aber nicht alle! Jeder, der zum Beispiel auf einem der stetig wachsenden PEGIDA-Spaziergänge war, wacht doch ohne weiteres auf. Wieso sollte er den Zeitungen, TV-Sendern oder Radiomoderatoren noch glauben, wenn er mit eigenen Augen gesehen hat, dass da nicht gewalttätige „Nazis“ und „Rassisten“ „aufmarschierten“ oder „wüteten“, sondern besorgte Bürger demonstrierten?

Und damit nicht genug. Denn jeder dieser Menschen hat Familie, Freunde und Bekannte. Nun traut sich nicht jeder ohne weiteres Aufklärungsarbeit zu leisten. Aber die, die es tun, können es ab sofort noch leichter. Weil sie durch's eigene Erleben spüren, wie rote Politredakteure versuchen, den Ruf tausender Unbescholtener zu schädigen, wie sie Fakten verdrehen, unterschlagen, ja gar erfinden. Die Menschen wachen auf, sie kündigen Abos, sie wirken als Aufklärungs-Multiplikatoren in ihrem Umfeld. So hilft die tonangebende, linke Journaille vielleicht dabei, sich selbst abzuschaffen.

Wenn sich das Stück für Stück und in mehreren Regionen der Republik vollzieht, können so unterschiedliche Akteure wie Udo Ulfkotte und die protestierenden Bürger zufrieden sein. Das Vertrauen in die Ergüsse der Mainstream-Medien schwindet, immer mehr die „gekauften Journalisten“ brauchen dann neue Betätigungsfelder. Packen wir's an.

Bestellinformationen:

» Udo Ulfkotte: „[Gekaufte Journalisten](#)“, 422 Seiten, 336 Seiten, (22,95 €, portofrei)

---



## Österreich: Großrazzia gegen radikale Moslems



Seit heute Morgen um 4 Uhr läuft in Wien, Graz und Linz eine „groß angelegte Polizeiaktion gegen den internationalen Islam-Terrorismus“ (Originaltext von oe24), bei der 900 Beamte im Einsatz sind, darunter auch Mitglieder der Elite-Einheit Cobra. Sie wird als bislang „größte Aktion in Europa“ bezeichnet. Ein bosnischer Hassprediger gilt als Hauptverdächtiger und Terror-Drahtzieher. Er ist ein fünffacher Vater, der auf Steurzahlerkosten Sozialhilfe erhält und ein enger Vertrauter von Pierre Vogel sein soll. Mit einem groß angelegten Lauschangriff konnte die Polizei zahlreiche Haftbefehle aussprechen. Verdacht: Mitgliedschaft in einer terroristischen

Vereinigung. 20 Haftbefehle wurden erteilt und 40 Hausdurchsuchungen durchgeführt.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Die Aktionen gegen den radikalen Islam nehmen offensichtlich Fahrt auf. Im Live-Ticker von oe24 ist zu lesen:

*In Wien, Graz und Linz läuft seit den Morgenstunden eine groß angelegte Polizeiaktion gegen den internationalen Islam-Terrorismus. So wurden zahlreiche Wohnungen, Hinterhöfe, Gebetsräume und Moscheen durchsucht. Es ist die größte Aktion bislang in Europa. Auch in Österreich hat es bis jetzt noch nie eine so große Razzia gegeben. (..)*

*Bei der riesigen Polizei-Aktion waren rund 900 Beamte im Einsatz. Grundlage für den Einsatz war der erhärtete Verdacht, dass die Festgenommenen junge Muslime radikalisieren, für die Teilnahme an terroristischen Kampfhandlungen in Syrien anwerben und in das Kriegsgebiet entsenden.*

*Bei den Razzien wurden terroristisches Propagandamaterial, Computer, Bargeld und eine verbotene Waffe (Schlagring) beschlagnahmt.*

*Die Details zum festgenommenen bosnischen Hassprediger: Bei dem Mann handelt es sich um einen engen Vertrauten von Pierre Vogel, einem zum Islam konvertierten deutschen Prediger. Der Festgenommene stand seit 2012 unter Beobachtung. In Wien-Favoriten sammelte er Gelder für den Syrien-Krieg. Seine Hasspredigen verbreitete er in der Venediger Au im 2. Bezirk. (..)*

*Grundlage für das heutige Einschreiten der Polizei waren Ermittlungsergebnisse des Verfassungsschutzes. Demnach habe sich der dringende Verdacht gegen mehrere Personen erhärtet, dass sie junge Muslime radikalisieren, für die Teilnahme an terroristischen Kampfhandlungen in Syrien*

*anwerben und in das Kriegsgebiet entsenden.*

*Alarmstufe Rot. Die Polizei hat während der Großaktion die höchste Alarmstufe ausgerufen.*

[Hier der Live-Ticker](#) von oe24. Im Artikel „So wird in Wien für den Jihad rekrutiert“ ist zu lesen:

*Der „Jihad-Hype“ hat seit einigen Wochen auch verstärkt Europa erreicht. Die Terrormiliz IS (vormals ISIS/ISIL) nutzt alle modernen Kommunikationsmittel, um junge Männer und Frauen für den Kampf in Syrien und im Irak anzuwerben. Mehr als 2.600 IS-Kämpfer aus Europa sollen laut deutschen Medien bereits rekrutiert worden sein, das österreichische Innenministerium bestätigt davon 130 aus Österreich. (..)*

*Die Brutalität der IS-Milizen trage zu deren Popularität bei und ziehe weitere Kämpfer an. Auch in Österreich versucht die Terrorgruppe, junge Menschen „für das Kalifat“ zu begeistern. In ihre Kreise hineinzukommen, ist fast unmöglich, denn sie halten sich vom „Mainstream“ und von den Moscheen fern. Recherchen der APA ergaben, dass beliebte Wiener Treffpunkte für Anwerbungen das „Moslemviertel in Favoriten“, die Donauinsel auf der Höhe Reichsbrücke, der Handelskai, die Jägerstraße oder die Simmeringer Hauptstraße sind.*

*Auf der Donauinsel etwa finden sich immer wieder kleine Gruppen, die über den Islam sprechen und eifrig Youtube-Videos ansehen. Die Anwerber sprechen Deutsch, Arabisch und Englisch.*

*Mit Sätzen wie „möchtest du dein Leben ändern und in eine andere Welt eintauchen?“ oder „Die ungläubigen Menschen haben genug angerichtet, wir müssen uns wehren und sie vernichten“ werden die jungen Menschen gelockt. Die neuen Jihad-Kämpfer, die aus den verschiedensten Ländern wie Tschetschenien, Bosnien, aber auch aus Mitteleuropa stammen, kommen auf sozialen Plattformen zusammen, tauschen sich aus und haben*

*oftmals vier gemeinsame Merkmale:*

[Hier gehts weiter bei oe24](#). Festzuhalten gilt: Die Schlinge zieht sich immer enger um den Islam. Heute hat ein großes Medium zum ersten Mal vom „Islam-Terrorismus“ berichtet. Das Lügen wird für die anderen Medien nun immer schwerer. Die RAF war zwar die größte linksradikale Pest für Deutschland, aber in einem hatte Ulrike Meinhof übergreifend Recht:

*„Wir können sie nicht dazu zwingen, die Wahrheit zu sagen. Aber wir können sie zwingen, immer unverschämter zu lügen. Daran arbeite ich schon seit 50 Jahren.“*

PI arbeitet seit 10 Jahren daran. Und wir werden mit absoluter Sicherheit keine weiteren 40 Jahre mehr brauchen, um unser Ziel zu erreichen..

---

## **Bad Salzuflen: Jesiden zünden Moschee an**

✘ Nach mehr oder weniger spektakulären Anschlägen auf Moscheen in Deutschland kommt es seitens der Medien, der Islamverbände und ihren treu ergebenen deutschen Politikern reflexartig zu Anschuldigungen gegen vermeintliche Rechtsradikale und „Rassisten“. Meist stellt sich danach heraus, dass es sich um innerorientalische bzw. mohammedanische Streitigkeiten handelt. Wie in [Berlin](#), wo nach bisherigem Stand ein jordanischer Mohammedaner, der bereits als „Brandentfachkraft“ aufgefallen war, als Täter ausgeforscht wurde, ebenso in [Minden](#), dort flohen „Südländer vom Tatort“ und auch in [Köln](#), wo ein türkischstämmiger Moslem



seiner kulturellen Vielfalt frönte. Nun ergibt sich für einen Brandanschlag auf einen islamischen Gebetsraum am 11. Oktober in Bad Salzuflen ein ähnliches Bild.

Wie [Welt-online](#) berichtet, wurden zwei jesidische Kurden festgenommen, die so ihrer Empörung über den IS Ausdruck verleihen wollten. Gegen den 28-jährigen Hauptverdächtigen habe die Staatsanwaltschaft Haftbefehl wegen versuchten Mordes und schwerer Brandstiftung erlassen, sein 25-jähriger Verwandter durfte nach Bezahlung einer Kaution und einem Geständnis wieder nach Hause gehen.

Von Attentaten (Sigmar Gabriel, zum Fall Berlin), islamfeindlichen Hasstaten und schockierenden Anschlägen auf die Demokratie (Volker Beck zu Köln) ist in solchen Fällen gerne die Rede. In einer Art pawlowschen Reflex werden herbeifabulierte deutsche Islamhasser ausgemacht und devote Mitleidsbekundungen seitens Politik und Medien abgegeben. Gleichzeitig verlangen Moslemgemeinden Zeter und Mordio schreiend nach mehr Sicherheit und Überwachung für ihre ~~Hassbunker~~ Moscheen. Und am Ende verdanken wir dieses immer gleiche erbärmliche Spiel allein unserem „Reichtum“ an importierter Gewalt und Kriminalität.

---

**Deutschland schaut auf  
Dresden**



Sachsens Hauptstadt

ist Motor und Mittelpunkt einer neuen Bewegung in Deutschland, die patriotische, friedliche und rechtschaffene Bürger zusammenführt. Durch die fortschreitende Islamisierung unseres Vaterlandes, gepaart mit der ungebremsten Flutung durch Asylbetrüger, von denen uns ein erheblicher Teil nicht wohlgesonnen ist, wächst der Unmut in der einheimischen Bevölkerung. Immer mehr Deutsche erleben, dass ihre Heimat entfremdet, ihre Lebensqualität beeinträchtigt und mittlerweile auch ihr eigenes Leben bedroht wird. Das komplette Versagen der etablierten Politik und die dreisten Lügen der Mainstream-Medien tragen ihren Teil dazu bei, dass die Menschen wieder auf die Straße gehen. Wie damals vor 25 Jahren rufen sie „Wir sind das Volk“. Viele Menschen im Westen Deutschlands schauen nach Dresden und fühlen das Gleiche wie ihre Landsleute dort.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Diese Bewegung hat einen trefflichen Namen, unter dem sich sehr viele Bürger vereinigen können: „PEGIDA – Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Das folgende Kurzvideo drückt den friedlichen, aber bestimmten Protest der Dresdner sehr gut aus:

Die Bewegung wächst stetig. Es begann am 20. Oktober mit 500 Bürgern, am 24. November waren es bereits 5500, kommenden Montag werden gar 10.000 Teilnehmer in Dresden erwartet. Die

Linksfaschisten wollen bundesweit dagegen mobil machen. Jetzt heißt es für alle patriotisch eingestellten Bürger Deutschlands:

***Auf nach Dresden!***

Man spürt förmlich, dass etwas ganz Großes in der Luft liegt. Der Ruf nach Veränderung wird immer lauter. Das deutsche Volk ist zwar gutmütig, lässt sich aber nicht auf Dauer hinters Licht führen. Der erste Dezember wird richtungsweisend sein: Entweder entwickelt sich dies zu einer Massenbewegung, die den 100.000 Menschen auf Leipzigs Straßen im Jahre 1989 ähneln wird, oder die unselige Allianz von aggressivem Linksmob auf den Straßen, linksverdrehten Kommunistenhirnen in den Redaktionsstuben, gleichgeschalteten Politikern in den Parlamenten und falsch gelenkter Polizei wird das hoffnungsvolle Licht ausblasen. Wer sich seit Jahren darüber ärgert, wie unser Land immer stärker in Schiefelage gerät, und wem es am Montag zeitlich möglich ist, sollte nicht an seiner Tastatur sitzen bleiben, sondern sich nach Dresden bewegen.



Der Idiotie der Presse, die sich beispielsweise [in diesem taz-Artikel zeigt](#), ist durch massenhafte Präsenz von Bürgern aus der Mitte der Gesellschaft entschieden entgegenzutreten:

*Der Zug erinnerte an die größten Naziaufmärsche Westeuropas, die Dresden in den Jahren bis 2010 erlebt hat. Wieder*

*marschieren etwa 6.000 rohe Gestalten durch die Innenstadt, schwarze Kleidung dominiert. Es sind zwar keine verfassungsfeindlichen Symbole zu sehen, aber Geist und Reden haben viel mit der NPD gemeinsam.*

Der FOCUS unterstellt allgemeine „Ressentiments gegen Flüchtlinge“ und [sucht mit der Lupe](#) nach Rechtsextremen:

*„Heimatschutz statt Islamisierung“ las man am Montag auf vielen Schildern der rund 5.500 Demonstranten in Dresden. Zum sechsten Mal in Folge fand dort eine Montagsdemonstration, ein sogenannter „Großer Abendspaziergang“ der Gruppe „patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) statt. Seit Mitte Oktober bieten die Pegida-Spaziergänge Nährboden für Ressentiments gegen Flüchtlinge.*

*Eine Grundstimmung, die Rechtsextreme leicht für ihre Zwecke nutzen können. Zum Teil nehmen sie bereits an den Demonstrationen dieser Organisationen teil. Reporter der ARD-Sendung „Report Mainz“ zeigten am Dienstag in einem Beitrag, dass an dem „6. Großen Abendspaziergang“ der „Pegida“ in Dresden auch Arne Schimmer, Ex-NPD-Landtags-Abgeordneter und Jens Baur, NPD-Stadtrat in Dresden, teilnahmen.*

Das zitierte ARD-Magazin „Report Mainz“ fragte am vergangenen Dienstag [„Wer sind die Drahtzieher hinter den Demos?“](#) und veröffentlichte eine Landkarte aller Demonstrationen, die bisher gegen den Salafismus stattgefunden haben:



Die Bewegung wächst und wächst. Am übernächsten Montag, den 8. Dezember, geht es beispielsweise auch in Düsseldorf los. Deutschland wehrt sich gegen Islamisierung und Überfremdung. Es wurde auch längst Zeit.

## Münchener Asyl-Erpresser-Sprecher möchte Deutsche in Lagern unterbringen



Ich bin über eine Handvoll Demonstranten verärgert, die behaupten, sie vertreten

die Meinung aller 200.000 Flüchtlinge in Deutschland. Sie treten in den Hungerstreik und fordern uneingeschränktes Bleiberecht. Dann klettern nicht etwa die Hungerstreikenden, sondern andere, körperlich fitte Demonstranten auf die Bäume. Diese Flüchtlinge wirken, zumindest auf mich, gar nicht so verzweifelt. Sie beschimpfen die Polizei mit „Fuck the police“, brüllen „München ist scheiße“ und skandieren politische Parolen. Dann kommen unterwürfig der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident und die Sozialministerin, um sie zu bitten, die Aktion abubrechen. Wenn einer nämlich versehentlich vom Baum fällt, hätten wir einen politischen Skandal und einen Märtyrer.

Wir Journalisten stehen in dieser kalten Nacht um die Bäume herum und sagen uns untereinander genau das, was sich kein Politiker zu sagen traut: Die halten uns hier zum Narren. Die Protestler kommen nicht etwa aus der Bayernkaserne, um die Zustände dort anzuprangern. Die Lage dort hat sich längst normalisiert. Nein, es sind augenscheinlich Flüchtlingsaktivisten, angereist aus ganz Deutschland, unter der Leitung eines Sprechers, der uns wortwörtlich das hier ins Mikrofon sagt:

*„Wenn dieses Lagersystem für die Menschen am besten ist, dann fordern wir Ministerin Müller und Minister Herrmann auf, die gesamte deutsche Bevölkerung in diesen Lagern unterzubringen.“*

Mit solchen Äußerungen und provokativen Aktionen erreicht man zumindest bei der Bevölkerung genau das Gegenteil: Dass sich eine Stimmung gegen Flüchtlinge aufbaut. Und das ärgert mich ganz besonders. Denn die Gesellschaft versucht sich mit Flüchtlingen zu arrangieren, sie zu akzeptieren und zu integrieren. Sie kommen aus lebensgefährlichen Ländern, in denen es kein geordnetes System gibt, zu uns in ein Land, in dem es besser ist, da Regeln herrschen. Diese rechtsstaatlichen Regeln gelten allerdings auch für sie, die

Flüchtlinge. Es muss deshalb möglich sein, im Einzelfall auch einen Asylantrag abzulehnen. Und es muss möglich sein, eine offensichtlich durchinszenierte Protestaktion, wie diese zu kritisieren, wenn sie einen Beigeschmack hat. Auch, wenn die Teilnehmer Flüchtlinge sind.

---

Dieser Text wurde als Radio-Kommentar des Reporters Oliver Luxemburger vom lokalen [Münchner Radiosender „Charivari“](#) gesendet. Sämtliche anderen Medien verschweigen die inszenierten Frechheiten der Siedlungsrecht-Erpresser. Die [„Süddeutsche Zeitung“](#) freut sich darüber, dass die „Flüchtlinge“ jetzt in Hotels ziehen dürfen. Der [„Münchner Merkur“](#) spricht von einem „versöhnlichen Ende“ und verschweigt ebenfalls dieses skandalöse Schauspiel der Asylfordernden und Ihrer linken Helfer zum Gesetzesbruch, ebenso die [„Münchner Abendzeitung“](#)

In den angeblichen „Lagern“, um die es hier geht und die für Asylforderer offenbar unzumutbar sind, haben Millionen junge Männer ihren Wehrdienst abgeleistet. Es handelt sich dabei um ehemalige Kasernen oder Gemeinschaftsunterkünfte. Wenn in München jemandem etwas nicht passt, reicht es offenbar, sich zum Beispiel ans Sendlinger Tor zu setzen, Hungerstreik zu spielen oder auf Bäume zu klettern. Denn dann kommt OB Reiter (*kleines Foto oben*) und vermittelt Gespräche, natürlich nur, wenn es in sein politisches Kalkül passt.

---

**FAZ & Co: Ziegen als**



# Kriegshetze gegen Putin

Unsere gleichgeschalteten, niveaulosen und völlig unobjektiven Medien fahren täglich mit ihrer Putin- und Russlandhetze fort. Ziel: Krieg! Die FAZkes schämen sich nicht und bringen auch [noch so was](#): *Putins Tiger reißt fünfzehn chinesische Ziegen!* Was soll eigentlich damit bezweckt werden? Soll China jetzt Russland angreifen? Oder ist damit gerechtfertigt, dass Kiew in der Ostukraine die Banken geschlossen hat und die Leute jetzt keine Rente mehr kriegen, was gestern kommentarlos in den GEZ-Nachrichten kam. Was für durchgeknallte Hohlbirnen sitzen eigentlich in der FAZ? Sie sind auf BILD-Niveau. [Die haben es auch](#) gebracht! So doof kann eigentlich keiner sein, aber ja, sie sind es: Weitere Texte:

FAZke Berthold Kohler [fragt dämlich](#), ob wir einen neuen Kalten Krieg haben? Natürlich haben wir den, dank unserer gestörten Politik. Laut FAZ müssen wir durchhalten! Und uns selber schaden! Was haben wir davon? Nichts! Auf der Krim sitzen Russen, die nicht zu Kiew wollen, und keine Frankfurter Würstchen. Kapiert das endlich mal!

ARD-Propaganda der übleren [Sorte bei Anne Will](#). Janukowitsch wurde „abgelöst“. Soso, von wem denn und mit welchem Recht? Wurde er nicht etwa zufällig mit tatkräftiger westlicher Hilfe hinausgeputscht?

Report Mainz [zeigt Putin als Affe!](#)

WELT-Hetzer: Bernd Lucke kämpft gegen [Putins fünfte Kolonne!](#)

WELT: „Niemand kann Kiew den Weg [in die Nato verbauen](#)“

WELT: Putins Gelassenheit [beim Öl nur](#) Fassade. Bald haben wir ihn!

WELT: Die Moldau [will Putin](#) auch! Alarm!

FOCUS: Kreml-Geld [für Rechtspopulisten!](#)

Gut getroffen [von der Augsburger Allgemeinen](#): *Mit Putin sprechen? Ja. Ihm recht geben? Nein.* Genau darum geht es! Wir



haben immer Recht! (*Die Partei, die Partei, sie hat immer...!*)

Hier nochmals die gleichgeschalteten [Presse-Reaktionen auf](#) den russischen RT-Sender! Und so weiter das ganze Jahr! Jeder kann selber nach ‚Putin‘ gugeln und sieht dann, was abgeht!

---

# **Asyl-Irrsinn in Deutschland: Verbrecherjagd – Justiz und Politik gegen Polizei und Volk**

☒ Der vorliegende Fall ereignete sich vor einer Woche. Die Nachbetrachtung lohnt sich. Zeigt sich doch anhand dieser Begebenheit eindrucksvoll das Versagen des Staates bei Maßnahmen gegen die derzeitige Einbruchswelle – in Kombination mit der Asylproblematik.

Gehen wir zunächst einmal „naiv“ an die Sache heran: Die Polizei schnappt ein Einbrecher- und Autodiebstahl-Trio auf frischer Tat. Die Beweise sind eindeutig. Festnahme, U-Haft, denkt der brave Bürger. So denkt sich das aber nicht, der in diesem Fall zuständige Staatsanwalt. Er ordnet an, die Personen wieder laufen zu lassen.

Bei genauerer Betrachtung des Falles wird einerseits die Entscheidung der Justiz noch viel unverständlicher und andererseits, der von Tag zu Tag steigende Frust vieler Polizeibeamter, verständlich und nachvollziehbar.

Tatort ist der Großraum Stuttgart. Durch [gestiegene Einbruchszahlen](#), es wird dieses Jahr bis zu einer Verdoppelung

der Fälle im Vergleich zu letztem Jahr gerechnet, sah sich die Polizei gezwungen mehr als nur Präventionsveranstaltungen durchzuführen, in denen den Bürgern erklärt wird, wie sie ihr Heim sicherer machen können. So werden jetzt vermehrt verdächtige Fahrzeuge und deren Insassen kontrolliert. Der Präsident des Polizeipräsidiums Ludwigsburg kündigte beispielsweise an, eine Offensive zu starten: „Der Fahndungs- und Kontrollbereich wird nunmehr massiv aufgewertet“, erklärte Frank Rebholz. Dazu habe man zusätzliche Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei bekommen.

Beim eingangs erwähnten Fall landete die Polizei in der Stuttgarter Altstadt einen Volltreffer. Drei „mutmaßliche“ Einbrecher und Autodiebe wurden aufgespürt. Sie waren den Beamten mit ihrem Siegener Nummernschild (NRW) aufgefallen. Die Überprüfung ergab, dass der Wagen am Wochenende vom Gelände eines Autohauses in Siegen gestohlen worden war. Die Kennzeichen waren von einem LKW abmontiert worden. Im Wagen lag für Einbrecher typisches Werkzeug. Darunter eine selbst gefertigte Metallstange mit Aufsatz, mit der Türschlösser geknackt werden können. Ins Bild passten auch die Tatverdächtigen.

Die [Stuttgarter Nachrichten](#) berichten:

*Zwei 31 und 41 Jahre alte Männer und eine 33-jährige Frau georgischer Herkunft. Sowohl in Baden-Württemberg als auch in Nordrhein-Westfalen sind sie polizeibekannt – unter anderem wegen schweren Diebstahls und Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz.*

## **Georgier häufig als Asylbewerber mit falschen Pässen ins Land geschleust**

*Seit Monaten werden in der Region Stuttgart besonders Personen georgischer Herkunft als Tatverdächtige gefasst, wenn es um Einbrüche geht. In diesem Jahr gab es bereits 25 Festnahmen. Bei der Kriminalpolizei wird vermutet, dass die*

*Täter von ihren Hintermännern als Studenten oder als Asylbewerber, teils mit falschen Pässen, ins Land gebracht werden. Der Fall wurde an die Kripo nach Siegen weitergemeldet. Und tatsächlich: „Wir gehen davon aus, dass die Verdächtigen für mehrere Einbrüche bei uns verantwortlich sind“, sagt Georg Baum, Sprecher der Polizei in Siegen.*

## **Siegerer Staatsanwalt erkennt keinen Haftgrund**

Weil die Siegerer Staatsanwaltschaft keinen Haftgrund sieht, werden die Täter (wir sind so frei und sparen uns hier das „mutmaßlich“) wieder auf freien Fuß gesetzt. Sehen wir uns die quere Begründung des Staatsanwaltes doch einmal im Detail an:

1. Keine Verdunkelungs- oder Fluchtgefahr
2. Auch Wiederholungsgefahr sei kein Haftgrund, so der Staatsanwalt
3. Die Beschuldigten haben einen „Wohnsitz“ in einem Asylbewerberheim in Stuttgart, Sinsheim und im Bezirk Münster/Westfalen
4. Georgische Einbrechergruppen sind zwar für den Südwesten eine Gefahr (siehe Artikelausschnitt unten) aber nicht im Siegerland, „Georgische Verdächtige haben wir hier selten“, heißt es von dort.
5. Überhaupt würden die kriminaltechnischen Untersuchungen zu lange dauern, als eine Untersuchungshaft verantwortbar wäre

Wirklich? Keine Verdunkelungs- und Fluchtgefahr? Keine Fluchtgefahr, das gilt vielleicht für Personen die mit ihrem Umfeld fest verwachsen sind (z.B. Deutsche in Deutschland), dann kann unter Umständen so argumentiert werden – wenn auch sonst nichts für eine mögliche Flucht spricht. Die Wiederholungsgefahr bei diesen erwiesenen Mehrfachtätern scheint für den Staatsanwalt, wie erwähnt, kein Haftgrund zu sein. Der vorhandene „Wohnsitz“ Asylbewerberheim kann hier nicht wirklich als Argument gegen eine mögliche Untersuchungshaft ins Feld geführt werden. Es dürfte auch dem

Siegener Staatsanwalt bekannt sein, dass Hintermänner ihre Banden ganz schnell ins Heimatland abziehen, wenn es für ihre „Schützlinge“ zu gefährlich wird. Mit neuen Pässen ausgestattet wird dann später wieder in Deutschland unter Umständen erneut [Asyl beantragt](#).

Dass die Georgier eher im Süden Deutschlands aktiv sind und daher angeblich für NRW ungefährlich, erinnert in der Argumentation an ein Denken zu Zeiten deutscher Kleinstaaterei von vor über 300 Jahren. Wobei dieselben Leute, wie dieser Staatsanwalt, wohl bestimmt im gleichen Atemzug von der Freizügigkeit und den offenen Grenzen Europas schwärmen.

Georgische Asylbewerber fielen in der jüngsten Vergangenheit immer wieder durch massenhafte Einbrüche auf, wie die [Stuttgarter Nachrichten](#) am 24. Oktober diesen Jahres berichteten.

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht noch interessant zu erwähnen, dass nur drei Tage später in der gleichen Zeitung, der Zusammenhang Asylbewerber und Einbrüche, in Frage gestellt wurde. Man sprach von „angeblichen“ Zusammenhängen. [PI berichtete](#) bereits im Oktober über die Verstrickungen verschiedener Nationalitäten in den Asylunterkünften und der ihnen nachgewiesenen „Vorlieben“ für bestimmte Bereiche der Kriminalität.

### **Politik scheut sich Ross und Reiter zu nennen**

Die Politik ist gefordert endlich Politik fürs Volk zu machen. Gerade weil schon heute die Justiz oftmals nicht mehr im „Namen des Volkes“ handelt und urteilt. Die Polizei ist hier gleich dreifach Leidtragender. Im Stich gelassen von Politik und Justiz bekommt sie von vielen Bürgern, als der sichtbarste Teil des Staates, die berechtigte Kritik der Bürger immer zuerst zu spüren. Die Adresse ist aber die falsche. Hier versagen die Parteien. Welche in den Parlamenten vertretene Partei hat in den letzten Monaten die geschilderten Probleme

offen und deutlich hörbar angesprochen? Keine!

Mittlerweile kennen wohl die meisten Bürger mindestens eine Person in ihrem Umfeld, die entweder von Taschendiebstahl, Autodiebstahl oder Wohnungseinbruch betroffen war, oder man zählt sogar selbst zu den Opfern. Die Zeitungen sind voll von Meldungen über Einbrüche und Diebstähle. „[Auf Stuttgart rollt neue Einbruchswelle zu](#)“, titelten erst vor kurzem die Stuttgarter Nachrichten und berichteten über allein 80 Einbrüche an nur einem Wochenende in der Region Stuttgart. Dabei ist es nicht zielführend nur die Wohnung sicherer zu machen (die Täter stellen sich ohnehin darauf ein). Es ist jetzt an der Zeit den Blick auf die Ursachen zu richten und nicht nur mehr oder minder hilflos an den Symptomen herumzudoktern.

Natürlich kommen die Täter auch in großer Zahl aus anderen Ländern, meist aus Osteuropa. Es reisen mafiös organisierte Banden ins Land die systematisch ihre Raubzüge planen und dabei äußerst erfolgreich vorgehen. Insgesamt werden nur gut 10% der Einbrüche aufgeklärt. Das Problem, das sich hier zeigt, ist aber das gleiche wie bei der Asylproblematik: Massenhafter Zustrom von Menschen mit häufig zweifelhaften Motiven und Überzeugungen.

Offene Grenzen erzeugen einen schutz- und wehrlosen Staat nach außen. Innen zeigt sich diese Wehrlosigkeit durch Personen wie den Siegener Staatsanwalt. Zahlen muss am Ende, am Anfang und mittendrin nur der Bürger. Es wird Zeit, dass Zahltag ist und jene zur Kasse gebeten werden, die die Rechnung zu verantworten haben.

Bisher erschienen in der PI-Serie „Asyl-Irrsinn in Deutschland“:

- » 1. [Willkommenspakete und Rundumversorgung für 120 ledige Männer](#)
- » 2. [Premium-Wohnen mit Hausmeister, Heimleiter und](#)

## Sozialarbeiter

- » 3. 220 Asylanten für niederbayerischen Ort mit 850 Einwohnern
- » 4. Vaihinger Schloss – 250 Asylbewerber ins Wahrzeichen der Stadt?!
- » 5. Fürstenfeldbruck – 600 Asylbewerber mit Soldaten in Kaserne
- » 6. Christ von 50 Muslimen zusammengeschlagen
- » 7. Kirche hat für 122 „Flüchtlinge“ Wohnungen, keine für Studenten
- » 8. Mieten steigen, aber schon 67 Flüchtlingsunterkünfte
- » 9. Burbach – Wie die Medien aus Tätern Opfer machen
- » 10. „Flüchtlinge“ auf Allgemeinkosten in Privathäusern
- » 11. Esslinger Landrat Eininger (CDU) gibt unter Druck nach
- » 12. Neue Landes-Erstaufnahmeanstalt auf der Schwäbischen Alb
- » 13. Moslem schmeißt Mieter für „Flüchtlinge“ aus ihren Wohnungen

---

*Wenn auch Sie aus Ihrer Stadt Ähnliches zu berichten haben oder sie von einer Schule, Turnhalle, einem Hotel, Schloss etc. Kenntnis haben, das umfunktioniert wurde oder werden soll, schreiben sie an PI. Senden Sie uns Fotos mit Ortsangaben, wichtige Eckdaten des Asylheimes und ev. Quellhinweise. Wir werden die Um(Miss)stände bei ausreichendem Infomaterial veröffentlichen.*

---

**Bertelsmann-Studie:**  
**Deutschland profitiert**

# finanziell beachtlich von Zuwanderern



BERLIN. Ausländer in Deutschland zahlen deutlich weniger Steuern und Sozialabgaben als Deutsche. Dies geht aus einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschun

g (ZEW) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hervor. Unter Berücksichtigung aller Staatsausgaben betrage das „Finanzierungsdefizit 79.100 Euro je Ausländer“.

Bei Deutschen liegt dieser Wert bei minus 3.300 Euro. Auch die Arbeitslosenquote von Ausländern liege mit 16,7 Prozent deutlich über der von Deutschen (5,9 Prozent). Zudem kam das ZEW zu dem Ergebnis, daß 2012 in Deutschland geborene Ausländer ohne weitere Integrationsanstrengungen bis an ihr Lebensende 44.100 Euro mehr an Sozialleistungen erhalten, als sie an Steuern und Sozialabgaben zahlen würden.

Nur wenn die allgemeinen Staatsausgaben, etwa für Infrastruktur und Militär, sowie die künftige demographische Entwicklung nicht berücksichtigt werden, entsteht ein leichter Überschuß im Verhältnis von gezahlten Steuern und erhaltenen Sozialausgaben. Er liegt bei Ausländern bei 3.300 Euro. Die Studie kommt zu dem Schluß: „Deutschland profitiert finanziell also beachtlich von seiner ausländischen Wohnbevölkerung.“

(Artikel im Original bei der [JUNGEN FREIHEIT](#) erschienen)



---

Welt-online kommt zu dem Ergebnis, dass nur [gut gebildete Migranten die Sozialkassen stützen](#). Und da wir nicht erst seit Sarrazin wissen, dass es schwachsinnig ist, immer pauschal von Ausländern zu sprechen, [hier bei Bild-online eine Tabelle](#) der wirtschaftlich „besonders erfolgreichen“ Mitbürger:

*Ausländische Mitbürger ohne deutschen Pass sind im Schnitt mehr als doppelt so oft von Hartz IV betroffen wie Deutsche (17,6% zu 6,9%, s. Tabelle)! Das geht aus letzten verfügbaren Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bundesamts hervor. Besonders hoch liegen die Hartz-IV-Quoten bei Irakern (64%), Afghanen (52%) und Pakistani (47%). Bedeutet: Im Extremfall beziehen zwei von drei Migranten aus dem betroffenen Land staatliche Hilfsleistungen für Langzeitarbeitslose.*

[Laut einer englischen Studie](#) wurde vor kurzem festgestellt, dass für Großbritannien nur die europäischen Einwanderer einen Gewinn für die Sozialkassen des Landes sind:

*Einwanderer von außerhalb Europas haben den britischen Steuerzahler seit 1995 mindestens 120 Milliarden Pfund gekostet. Zu diesem Schluß kommt eine Studie der University College London, die im Economic Journal veröffentlicht wurde. Demnach hätten in den Jahren 1995 bis 2011 Einwanderer aus nichteuropäischen Ländern die öffentlichen Kassen um rund 120 Milliarden Pfund mehr belastet, als sie einzahlten.*

*Im Gegensatz dazu profitierte Großbritannien von den europäischen Einwanderern. Diese zahlten im gleichen Zeitraum 4,4 Milliarden Pfund mehr ein, als sie verbrauchten. Für die Gegenüberstellung berücksichtigte die Studie auch Kosten, die Einwanderer im Gesundheitswesen, im Schulwesen und der öffentlichen Wohlfahrt verursachen. Die größten nichteuropäischen Einwanderergruppen kommen aus Indien, Pakistan und Südafrika.*



# Hamburg: Hunderte „Ankerkinder“ untergetaucht



Immer häufiger berichten Polizei und die Lokalseiten der Zeitungen überall in Europa über Straftaten von „minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen“. Die Polizei in

Deutschland bezeichnet sie schon als „MUFL“. Heute musste das Hamburger Abendblatt seine Bürger auf der Titelseite informieren: [„Hunderte junger Flüchtlinge in Hamburg untergetaucht](#), Polizei fürchtet Zunahme der Straftaten. Dossier des Landeskriminalamtes dokumentiert Hilflosigkeit der Behörden.“

*(Von Alster)*

Das Problem der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge in der Hansestadt wird immer größer, so das Landeskriminalamt. Es werde vermehrt festgestellt, „dass die MUFL griffbereit Messer und Pfefferspray mit sich führen und diese bei Tatbegehung auch einsetzen“. Die Überfälle selbst seien immer aggressiver und gezielter: An den S-Bahn-Stationen suchten sich die Räuber bereits ihre Opfer aus und verfolgten sie bedingungslos. Dabei ziehen MUFL laut Polizei in Gruppen von bis zu 30 Personen

durch das Rotlichtmilieu.

Die CDU in Hamburg hat sich [des Themas nun angenommen](#): „Bei diesen nordafrikanischen Jugendlichen handelt es sich zum Teil um Personen, die nicht politisch verfolgt werden oder aus Kriegsgebieten fliehen, sondern gezielt eingeschleust werden, um hier Straftaten zu begehen, und überhaupt keine Bereitschaft haben, in Deutschland geltende Gesetze und Regeln einzuhalten“, sagt Christoph de Vries, Bürgerschaftsabgeordneter der CDU. „Der lasche Umgang ist nicht nur den Bürgern in Hamburg gegenüber, die Opfer von Überfällen und Einbrüchen werden, verantwortungslos, sondern auch der großen Gruppe von minderjährigen Flüchtlingen, die sich rechtschaffen verhalten und unsere Unterstützung verdienen.“

Hier spricht der CDU-Mann von jungen Asylsuchenden, die sich bei den Behörden gemeldet haben. Sie werden in Österreich „Ankerkinder“ genannt. Diese Bezeichnung ist weitaus treffender, denn es handelt sich um durch Schlepperorganisationen europaweit eingeschleuste minderjährige Flüchtlinge, die nach der Erlangung eines Aufenthaltsstatus ihre Eltern, Geschwister und sonstige Angehörige nachholen können. Sozusagen Multiplikatorenflüchtlinge. In Großbritannien heißen sie „Young refugees and Migrants/unaccompanied Minors“, in Schweden „Ensamkommanda“ oder „Papperslösa (ohne Papa)“, in Spanien „Los Minores refugiados no Acompañadas“ usw.

46 Prozent aller Flüchtlinge weltweit waren im Jahr 2012 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Davon suchten 21.300 Minderjährige ohne elterliche Begleitung Asyl.

2013 setzte die SPD im Koalitionsvertrag mit CDU/CSU durch, dass die sogenannte asyl- und aufenthaltsrechtliche Handlungsfähigkeit von jungen Flüchtlingen von 16 auf 18 Jahre angehoben wird und für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge der Vorrang des Jugendhilferechts gelten soll.

Künftig gilt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ein Abschiebungshindernis nach Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, damit erhalten sie auch eine Aufenthaltserlaubnis.

Damit wurde von Seiten der SPD das Phänomen der minderjährigen Asylsuchenden, die sich jünger ausgaben und damit nicht das ganze Paket der Versorgung mit Unterkunft, medizinische Betreuung inklusive Therapeutische Behandlung sowie Beschulung beanspruchen konnten, gelöst.

Europaweit handelte es sich um diese minderjährigen Ankerkinder, die bei Alter und Verwandtschaft schwindelten: In Berichten seitens des Bundesfachverbands Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V., UMF, heißt es u.a.:

*Die Traumata der jungen Flüchtlinge werden durch die Anforderungen des fremden Landes noch intensiviert. Dazu gehören vor allem, die neue Sprache zu lernen und sich an fremde Verhältnisse anpassen zu müssen, wie zum Beispiel an das „verkehrte“ Geschlechterverhältnis in Deutschland.*

Aber auch von diesen „betreuten Kindern“ berichtet das Hamburger Landeskriminalamt:

*Auch von den 400 unbegleiteten jungen Flüchtlingen, die in Hamburger Erstaufnahmeeinrichtungen wohnen und zumeist aus afrikanischen Ländern kommen, werden etliche von der Polizei als Straftäter eingestuft. Eines der angeblichen Kinder war Ende September nach einem versuchten Tötungsdelikt ermittelt worden. Mittlerweile steht fest, dass es über 14 Jahre alt und damit strafmündig ist.*

Schon im August [berichtete das Vierbuchstabenblatt](#): „Übergriffe, Diebstahl, Erpressung, gewaltiges Problem mit jungen Flüchtlingen.“ Im Mai dieses Jahres verband die Freiburger Polizei [194 Straftaten mit minderjährigen](#)

## „Flüchtlingen“.

Diese Liste kann man europaweit massenhaft erweitern. Die Gewalttaten schließen Vergewaltigungen und Übergriffe auf das Betreuungspersonal (z.B. mit kochendem Wasser überschüttet) mit ein. In Schweden klagt der Chef eines Sozialamtes: Wir sind ein Reisebüro für Verwandtschaftsnachzug ([Socialnämndens chef: Vi blir resebyrå för anhöriginvandrare](#)).

Bei Recherchen trifft man auf entsprechende Berichte aus Schweden, Dänemark, England und Spanien.

Nun geht man bei den Behörden in Hamburg davon aus, dass in diesem Jahr mehr als 1000 junge unbegleitete Flüchtlinge nach Hamburg gekommen sind. Hunderte von ihnen, so die Schätzung von Sicherheitsexperten, lassen sich weder registrieren noch staatlich betreuen und leben an unbekanntem Orten. Rund ein Viertel der 115 bekannten schwerkriminellen jugendlichen Intensivtäter in Hamburg sind unbegleitete junge Flüchtlinge. Vermehrt trifft die Polizei auf „Flüchtlinge“, die bei einer Kontrolle eine schriftliche Aufnahmeablehnung des Hamburger Kinder- und Jugendnotdienstes vorzeigen.

Das Hamburger Abendblatt schreibt:

*Punktuell, so die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, habe die Hamburger Jugendhilfe bereits „kapituliert“... Doch in der Sozialbehörde heißt es, man brauche kein neues Konzept. „Die bestehenden Regeln, ihre Durchsetzung sowie die stetig verbesserte Zusammenarbeit der jeweils zuständigen Organe sind die wirksamsten Mittel“, sagt Sprecher Marcel Schweitzer.*

Die Zeit rückt näher, da sich Hamburger Bürger einen HoGeSa-Begleitschutz wünschen werden.

Weitere Infos über den organisierten „EU-Jugend-Dschihad“:

» <http://www.b-umf.de/>

» <http://www.themenpool-migration.eu/dtraum05.htm>

»

<http://bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/08/2014-08-27-asylbewerberleistungsgesetz-kabinett.html>

---



## Neues Hauptquartier der Hamas in Istanbul



Die Hamas -

Terrororganisation hat ihr Hauptquartier von Damaskus nach Istanbul verlegt. Grund ist die unsichere Lage wegen des Bürgerkriegs in Syrien. In Israel ist man entsetzt, dass das Nato-Mitglied Türkei einer Terrorgruppe Unterschlupf und Unterstützung gewährt. Doch alle Appelle aus Jerusalem wurden vom türkischen Präsidenten Erdogan ignoriert. Die israelischen Sicherheitsbehörden gaben heute die Verhaftung von 30 mutmaßlichen Terroristen bekannt, die Anschläge in Israel ausführen sollten und ihre Anweisungen von der Hamas aus der

Türkei erhielten. (Quelle: [israelheute.com](http://israelheute.com) / Spürnase: Terminator)

---



## **Real Madrid entfernt Kreuz im Wappen für islamischen Bank-Sponsor aus Abu Dhabi**



Der SPIEGEL berichtet heute, dass der spanische Traditions-Fußballklub Real Madrid einen Dreijahresvertrag mit der National Bank of Abu Dhabi abgeschlossen hat. Zur Vertragsunterzeichnung war auch der deutsche Nationalspieler Toni Kroos anwesend. Es wurde u.a. eine neue Real-Madrid-Kreditkarte präsentiert, bei der das Kreuz auf der Krone im Wappen entfernt wurde.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Die Spanier sind im zum-Halbmond-Kriechen und Kreuz-Entfernen Wiederholungstäter: Vor zwei Jahren war mit dem Geldgeber Vereinigte Arabische Emirate ein milliardenschwerer Fußball-



Vergnügungspark geplant. Damals wurde das christliche Symbol ebenfalls geopfert. Reihenweise knicken in Europa Sportklubs, Unternehmen, Medien, Banken und Politiker vor dem schmierigen arabisch-islamischen Mammon ein. Und unterwerfen sich kritiklos schwerreichen Moslems, deren „Religion“ den Hass auf alles un-islamische lehrt. [Der SPIEGEL schreibt:](#)

*Die Madrilenen haben gerade einen Dreijahresvertrag mit der National Bank of Abu Dhabi abgeschlossen. Klubchef Florentino Perez spricht von einer „strategischen Allianz mit einer der prestigeträchtigsten Institutionen der Welt“. Bei der Verkündung der Partnerschaft waren Topspieler wie Gareth Bale, Karim Benzema und Toni Kroos dabei, unter anderem stellte die Bank eine Real-Madrid-Kreditkarte vor.*

*Darauf ist das Wappen zu sehen, und bei genauem Hinsehen fällt ein Detail auf. Beziehungsweise: Es fällt nicht mehr auf. Es fehlt das kleine Kreuz, das eigentlich auf der Krone in Reals Wappen platziert ist. Die Sportzeitung Marca vermutet, dass der Verein das christliche Symbol aus Rücksicht auf die Gefühle der muslimischen Bankkunden änderte. Zu den Spielen in der Liga und der Champions League treten die Madrilenen weiter mit ihrem Originalwappen an.*



Mal schau'n, wann das Kreuz (siehe Foto links) auch dort verschwindet. Das Geschwätz mit dem „auf-Gefühle-der-Muslime-Rücksicht-nehmen“ ist idiotisch und geht völlig an dem Sachverhalt vorbei: Es geht immer um den totalitären Anspruch des Islams, die einzig wahre „Religion“ zu sein, die die Welt zu beherrschen hat. Das einzige „Gefühl“, das hierbei mit im Spiel ist, ist der Hass auf alles un-islamische. Es ist erbärmlich, dass Christen, die im Koran verflucht werden, vor dem Islam ihr Kreuz verleugnen. In Deutschland ließ man auch schonmal eines verschwinden: Das Fremdenverkehrsamt Garmisch brachte für

arabische Touristen im Sommer 2012 einen Flyer heraus, auf dem das [Gipfelkreuz der Zugspitze weg ist](#). Wundert sich noch irgendjemand, dass Islamkritikern reihenweise Bankkonten gekündigt werden?

Kontakt zu Real Madrid:

» [atencionpublico@corp.realmadrid.com](mailto:atencionpublico@corp.realmadrid.com)

---

## **SS-Mann Grass: Zur Not müssen Flüchtlinge eben bei Deutschen zwangseinquartiert werden**



Bei einer Hamburger Veranstaltung der deutschen PEN-Sektion anlässlich des 90-jährigen Bestehens der Autorenvereinigung verglich der frühere SS-Mann Günter Grass die heutige

Flüchtlingssituation mit der nach dem Zweiten Weltkrieg. Er halte, sollte es Notfälle bei der Unterbringung von Flüchtlingen geben, auch heute „Zwangseinquartierungen“ für notwendig. [Laut Spiegel erinnerte Grass daran](#), dass dies nach dem Zweiten Weltkrieg so gehandhabt wurde – unter Murren teilweise, aber die 14 Millionen Deutschen und



*Deutschstämmigen aus dem Osten seien so wieder schnell auf die Beine gekommen.*

» Kontakt zu Grass: [info@open-deutschland.de](mailto:info@open-deutschland.de)

---

## **PVV fordert Moscheen-Schließung in Niederlande**



Die Wilders-Partei PVV fordert, dass in den Niederlanden eine „De-Islamisierung“ stattfindet und alle Moscheen geschlossen werden. Der PVV-Parlamentarier Machiel de Graaf (Foto) sagte dies während einer Regierungsdebatte über Integration. De Graaf sagte weiter, an Schulen würde es inzwischen massenhaft Kinder mit den Namen Mohammed geben. Man stellt fest, dass die Mehrheit der Schüler dem islamischen Glauben angehört. Die niederländische Kultur und Identität würde über Einwanderung abgeschafft werden. Viele islamische Führer, [zum Beispiel einst Gaddafi](#), hätten dies auch vorausgesagt, so De Graaf, aber nur die PVV würde dieses Thema ernst nehmen. (Quelle: [dutchnews.nl](http://dutchnews.nl))

---

# Was ist „Völkermord“ gemäß UN-Definition?



Was sagt eigentlich das Völkerrecht hinsichtlich der niemals enden wollenden Völkerwanderung von „Flüchtlingen“ Richtung Europa? Alleine die Bevölkerung Schwarzafrikas wird sich aufgrund einer völlig verantwortungslosen und selbstverschuldeten Bevölkerungsexplosion von aktuell einer Milliarde bis zum Jahr [2100 auf rund vier Milliarden Menschen vervierfachen](#). Wie viel Millionen oder gar Milliarden dieser Menschen haben wohl vor, sich in Europa anzusiedeln?

Weltweit betrachtet stellen die Europäer schon jetzt eine absolute [ethnische Minderheit](#) dar. Gemäß der [UNO-Resolution aus dem Jahre 1990](#), anlässlich des Einmarsches des Iraks nach Kuwait, ist der Versuch, ein Volk mittels Massenzuwanderung an den Rand zu drängen, ein Kriegsverbrechen. Deutschland hat dieser Resolution zugestimmt.

Wörtlich heißt es da:

*Der Sicherheitsrat verurteilt den Versuch des Irak, die demographische Zusammensetzung der Bevölkerung von Kuwait zu verändern und die amtlichen Dokumente über die Bevölkerungszusammensetzung der legitimen Kuwaiter Regierung zu vernichten.*

Und in der „[Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes](#)“, beschlossen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Resolution 260 A (III) am 9. Dezember 1948, die am 12. Januar 1951 in Kraft getreten ist, wird erklärt:

*Als wegen Völkermord zu Bestrafender gilt, „wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, vorsätzlich*

- 1. Mitglieder der Gruppe tötet,*
- 2. Mitgliedern der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden [...] zufügt,*
- 3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,***
- 4. Maßregeln verhängt, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen,*
- 5. Kinder der Gruppe in eine andere Gruppe gewaltsam überführt“.*

Was “unsere” Politiker den Europäern mit Zwangs-Multikulti antun, nämlich die langfristige Auslöschung der deutschen (französischen, italienischen...) ethnisch-kulturellen Identität jahrtausende alter Völker, wird im Fall Tibet jedoch angeprangert.

In der [Bundestags-EntschlieÙung 13/4445 vom 23.4.1996](#) verurteilt die Bundesrepublik die chinesische Zuwanderungs-Politik in Tibet, weil dadurch die tibetische Identität „zerstört“ wird:

*[...] Im Hinblick darauf, dass die Tibeter sich in der gesamten Geschichte eine eigene ethnische, kulturelle und religiöse Identität bewahrt haben, verurteilt der Bundestag die Politik der chinesischen Behörden, die im Ergebnis in Bezug auf Tibet zur Zerstörung der Identität der Tibeter führt, insbesondere*

*mit Ansiedlung und Zuwanderung von Chinesen in großer Zahl, Zwangsabtreibungen, politischer, religiöser und kultureller Verfolgung und Unterstellung des Landes unter eine chinesisch kontrollierte Administration. [..]*

*...fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, daß ... die chinesische Regierung jede Politik einstellt, welche die Zerstörung der tibetischen Kultur zur Folge haben kann, wie z. B. die planmäßige Ansiedlung von Chinesen in großer Zahl, um die tibetische Bevölkerung zurückzudrängen, und die Verfolgung der Vertreter der tibetischen Kultur...*

Die Zahlen der sogenannten „Flüchtlinge“, die so gut wie nie die Voraussetzungen für ein berechtigtes Asyl erfüllen, sprechen für sich. Demnach liegt die Anerkennungsquote nach Art. 16 a GG seit 2002 bei unter 2 %, wie die [aktuellen Zahlen des Bundesamts für Migration](#) und Flüchtlinge belegen. Tatsächlich in ihre Herkunftsländer abgeschoben wurden im Jahr 2013 aber nur [10.200 unberechtigt Asylsuchende](#), während über [127.023 allein in diesem Jahr nach Deutschland](#) kamen (für 2014 rechnet man mit insgesamt 200.000 Siedlern, für [2015 mit 300.000](#)). Damit ist Deutschland [weltweit noch vor den USA die Nr. 1](#) als Zielland für Asylbewerber.

Zwei Drittel der Asylbewerber [in 2013 waren Mohammedaner](#). 63,4 % der Asylerstanträge werden von Männern gestellt, insgesamt sind 71,5 % aller davon jünger als 30 Jahre (2012: 71,3 %). Der deutsche Bundesinnenminister Thomas de Maizière gab vor kurzem bekannt, zehntausenden [abgelehnten Asylbewerber ein dauerhaftes Siedlungsrecht hier](#) in Deutschland gewähren zu wollen.

Asylbetrug bei ethnischen Minderheiten ist Rassismus! Kein Volk ist illegal!